Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen am **Dienstag, 28.09.2010** um 19.30 Uhr.

Tagungsort: Sitzungssaal der Marktgemeinde Waizenkirchen im Schloss Weidenholz.

Anwesende:

ÖVP			SPÖ		
1	Bgm. Degeneve Wolfgang, Jänergasse 19	X	17	GV Faltyn Karl, Jänergasse 17	X
2	Vbgm. Hinterberger Rudolf, Schurrerprambach 5	X	18	GR Ehrenguber Helmut, Imperndorf 6	X
3	GV Auinger Helmut, Keppling 11	X	19	GR Helmhart Franz, Keppling 10	X
4	GV Jany Herbert, Ritzing 11	X	20	GR Kriegner Wolfgang, Thallham 7/2	X
5	GV Wagner Gerald, Unterwegbach 5/1	X	21	GR Koblinger Wilhelm, Schmidgasse 1	X
6	GV Zistler Josef, Klosterstraße 4	X			
7	GR Schatzl Nikolaus, Fasanweg 4	X			
8	GR Haider Margret, Moospolling 9	X	GRÜNE		
9	GR Petric Maximilian, Fadingerstraße 16	X	22	GR Ing. Mag. Aumayr Andreas, Webereistr. 2	X
10	GR Mair Josef, Willersdorf 3	X	23	GR Mag. Holzer-Breid Andrea, Unterwegbach 17	X
11	GR Hörmann Pauline, Oberwegbach 10	X			
12	GR Humberger Erna, Fadingerstraße 6	X			
13	GR Schildberger Alfred, Obergschwendt 6	X	FPÖ		
14	GR Lehner-Dittenberger August, Purgstall 1	X	24	GR Reichert Peter, Klosterstraße 16	X
15	GR Scheuringer Markus, Kollerbichl 15	X	25	GR Kronawettleitner Werner, Unterheuberg 3	X
16	GR Brunmair Johannes, Prambacherholz 2	X			

Ersatzmitglieder: -

Legende: x = anwesend, E = entschuldigt abwesend, N = nicht entschuldigt abwesend

Der Leiter des Gemeindeamtes: Amtsleiter Josef Rabeder

Die Schriftführerin: VB Marlene Strasser

Bürgermeister Wolfgang Degeneve eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Sitzung von ihm, dem Bürgermeister einberufen wurde; die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder zeitgerecht schriftlich am 21. September 2010 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist, die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 21. September 2010 öffentlich kundgemacht wurde; die Beschlussfähigkeit gegeben ist; dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 22.06.2010 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Gem. § 54 Abs. 3 der OÖ. GemO 1990 idgF werden von den Gemeinderatsfraktionen die Fraktionsobmänner bzw. Stellvertreter für die Unterzeichnung der Verhandlungsschrift bekanntgegeben.

ÖVP	GR. Nikolaus Schatzl
SPÖ	GR. Helmut Ehrenguber
FPÖ	GR. Reichert Peter
GRÜNE	GR. Ing. Mag. Aumayr Andreas

Vor Eingang in die Tagesordnung kündigt der Bürgermeister an, dass sich Herr Grüneis Josef gemeldet hat, Vorsprache beim Gemeinderat zu halten.

Er fordert daher Herrn Grüneis auf, sein Anliegen dem Gemeinderat vorzutragen.

Herr Grüneis Josef, Kienzlstraße 25 spricht an, dass es seit acht Jahren den Hochwasserschutzverband gibt und damals versprochen wurde, dass Entlastungsbecken gebaut werden. Bis zum heutigen Tag erhielt man darüber keine Informationen wie der aktuelle Stand der Bauvorhaben ist. Da er selbst vom Hochwasser betroffen ist, ist es ihm ein großes Anliegen, dass dringend etwas dagegen unternommen wird.

Der Bürgermeister verspricht Herrn Grüneis, dass der Umweltausschuss dieses Thema behandeln wird und er in der nächsten Gemeinderatssitzung eine Antwort und nähere Informationen darüber erhalten wird.

Tagesordnung:

1. Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 28.6.2010
2. Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 30.8.2010
3. BH. Grieskirchen; Prüfungsbericht von der Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2009
4. Abänderung der Abfallordnung; Beratung und Beschlussfassung
5. Abänderung der Abfallgebührenordnung; Beratung und Beschlussfassung
6. Einrichtung eines Hortes; Finanzierungsplan
7. Amt der oö. Landesregierung, Dir. Inneres u. Kommunales – Auftrag zur Optimierung der Siedlungswasserbaudarlehen
8. ABA Waizenkirchen, BA 11; Grundsatzbeschluss Landesförderung – Schuldschein
9. Vereinbarung mit der Marktgemeinde Prambachkirchen über die Entrichtung von Schulerhaltungsbeiträgen anlässlich der Sanierung der Hauptschule Prambachkirchen
10. Fa. Guschlbauer, Hueberstraße 24; Antrag auf Verlegung eines öffentl. Gutes Parz.Nr. 1540, KG. Waizenkirchen – Erlassung einer Verordnung
11. Anton Baumgartner, Ritzing; Antrag auf Auflassung des öffentl. Gutes Parz.Nr. 373, KG. Manzing – Erlassung einer Verordnung
12. Allfälliges

Beratung und Beschlussfassung:**Zu Pkt. 1.) der TO.: Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 28.6.2010**

Der Obmann des örtlichen Prüfungsausschusses GR Wolfgang Kriegner berichtet:

Der örtliche Prüfungsausschuss beschäftigt sich in seiner Sitzung am 28.6.2010 mit der Prüfung von den Aufwendungen für den Pfarrcaritas Kindergarten und kam dabei zu nachstehenden Ergebnis:

Der Kindergarten in Waizenkirchen wird von der Pfarrcaritas der Pfarre Waizenkirchen betrieben. Bis Herbst 2008 wurde der Kindergarten viergruppig geführt, seither besteht eine fünfte Kindergartengruppe.

Im Betrachtungszeitraum 2007 bis 2009 ergab sich folgender durchschnittlicher Kindergartenbesuch:

Jahr	2007	2008	2009
Kindergartenkinder	89	93	100

Der ermittelte Nettoaufwand je Kindergartenkind beziffert sich wie folgt:

Jahr	2007	2008	2009
Abgangsdeckung Kindergarten	49.694,12	57.892,81	128.889,32
Nettoaufwand Kindergartentransport	5.242,54	4.784,57	5.332,10
Annuitätendienst	12.966,64	12.794,71	12.327,08
Sonstige Ausgaben	6.588,59	5.048,41	12.220,08
Einnahmen aus Vermietung	-3.000,00	-3.000,00	-3.058,60
Nettoaufwand	71.491,89	77.520,50	155.709,98
Kindergartenkinder	89	93	100
Nettoaufwand/Kind	803,28	833,55	1.557,10

Der sehr starke Anstieg bei der Abgangsdeckung im Finanzjahr 2009 ist dabei neben der im Finanzjahr 2009 voll budgetwirksam gewordenen fünften Gruppe, erhöhter Personalaufwand und die mit 15 Wochenstunden festgesetzte Leitertätigkeit der Kindergartenleiterin - und einer Änderung des Abrechnungsmodus zurückzuführen.

Die Abrechnung des Abgangs erfolgte im Finanzjahr 2009 erstmals bezogen auf das Kalenderjahr und nicht wie vorher bezogen auf das Kindergartenjahr; durch diese Umstellung wurde im Finanzjahr 2009 neben dem gesamten Kalenderjahr 2009 auch noch Monate aus dem Jahr 2008 bei der Berechnung des Abgangs berücksichtigt.

Aus heutiger Sicht wird sich der Abgang in dem im Voranschlag vorgesehenen Rahmen bewegen.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

Abstimmung:

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Prüfbereich wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 2.) der TO.: Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 30.8.2010

Der Obmann des örtlichen Prüfungsausschusses GR Wolfgang Kriegner berichtet:

Der örtliche Prüfungsausschuss beschäftigte sich in seiner Sitzung am 30.8.2010 mit den beiden nachfolgenden Themen:

1. Prüfung Belegungsfreie und Einnahmenfreie Tage je Heimplatz im Altenheim und der Vergabekriterien. Prüfzeitraum: die vergangenen drei Jahre bis einschließlich Juli 2010.

Anhand der Ausführung der Altenheimleitung wurde festgestellt, dass eine jährliche Auslastung von 99% der gesamt 88 Heimplätze gegeben ist. Die Vergabe der einzelnen Zimmer erfolgt nach den Landes- und SHV-Richtlinien. Für jeden Bewohner gibt es eine bescheidmäßige Bewilligung der Bezirkshauptmannschaft.

2. Prüfung der Ausgaben und Einnahmen aller Liegenschaften und Grundstücke im Eigentum der Gemeinde. Geprüft werden die Grundsteuer sowie die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Prüfzeitraum: die vergangenen drei Jahre bis einschließlich Juli 2010.

Die Vorschreibung der Grundsteuer für die gemeindeeigenen Liegenschaften erfolgt nach den rechtlichen Bestimmungen des Grundsteuergesetzes 1955 idgF. Die Korrektheit der zeitgerechten Vorschreibung als auch Einhebung der Miete bzw. Pacht konnte festgestellt werden.

Antrag,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

Abstimmung:

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Prüfbericht wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 3.) der TO.: BH Grieskirchen; Prüfbericht von der Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2009

Der Obmann des örtlichen Prüfungsausschusses GR Wolfgang Kriegner berichtet:

Der vom Gemeinderat der Marktgemeinde Waizenkirchen in der Sitzung am 9. März 2010 beschlossene Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2009 wurde im Sinne der Bestimmungen des § 99 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung 1990 einer Prüfung unterzogen. Der Voranschlag wurde auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft und ob dieser den hierfür geltenden Vorschriften entspricht.

Mit Schreiben vom 25.06.10 wurde von der BH Grieskirchen nachfolgender Prüfbericht zur Kenntnisnahme übermittelt:

Ordentlicher Haushalt

Wirtschaftliche Situation

Der ordentliche Haushalt schließt inklusive der Abwicklung des Vorjahresergebnisses mit einem Soll-Fehlbetrag von 154.334,13 Euro. Das reine Ergebnis für das Jahr 2009 errechnet sich wie folgt:

Soll-Fehlbetrag lfd. Jahr	-154.334,13
abzüglich Überschuss Vorjahr	788,85
abzüglich BZ Haushaltsausgleich	-
bereinigtes Jahresergebnis	-155.122,98

Der am 11. Dezember 2008 beschlossene Voranschlag wies einen Abgang von 146.600 Euro auf. Mit dem am 12. November 2009 beschlossenen Nachtragsvoranschlag ist insbesondere durch die Rückgänge bei den Ertragsanteilen der Abgang auf 192.100 Euro gestiegen.

Positiv ist anzumerken, dass trotz der gegenüber dem Voranschlag 2009 um 132.368,84 Euro verminderten Ertragsanteile der Abgang nur um ca. 7.700 Euro über dem im Voranschlag ausgewiesenen Abgang liegt. Günstig auf die Haushaltsentwicklung haben sich dabei vor allem der um ca. 44.600 Euro geringere Zinsaufwand für die Darlehen und die um ca. 85.500 Euro höhere Kommunalsteuer ausgewirkt.

Nach der Beschlussfassung des Nachtragsvoranschlages kam es noch zu Kreditüberschreitungen von 178.945,92 Euro; dies entspricht 2,29 % der veranschlagten ordentlichen Gesamteinnahmen. Von den Kreditüberschreitungen wirkten sich dabei die höheren Zuführungen von Interessentenbeiträgen von 28.653 Euro und die erhöhten Ausgaben beim ausgeglichen geführten Alten- und Pflegeheim mit 46.612 Euro nicht haushaltsbelastend aus; die übrigen Kreditüberschreitungen verteilten sich verhältnismäßig gleichmäßig auf die einzelnen Gruppen; belastend wirkten dabei vor allem höhere Ausgaben beim Kindergarten (11.259 Euro), bei der Ortsbildpflege (10.744 Euro) und bei der Abwasserbeseitigung (8.176 Euro).

Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt

Die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt betragen 127.107,14 Euro, wobei diese ausschließlich auf zweckgebundene Interessenten- und Aufschließungsbeiträge entfielen. Die zweckgebundenen Interessenten- und Aufschließungsbeiträge wurden widmungsgemäß verwendet.

Im Finanzjahr 2008 konnten noch reguläre Zuführungen von ca. 261.400 Euro an den außerordentlichen Haushalt zugeführt werden.

Investitionen

Bereich	Ausgaben	Einnahmen	haushalts- belastender Aufwand	Anmerkung
Gemeindeamt	2.825,24	0	2.825,24	EDV-Ausstattung
Feuerwehren	6.989,61	0	6.989,61	Straßenwaschbalken (4.000 Euro), Notstromaggregat (2.400,18 Euro)
Volksschule	1.118,11	400,00	718,11	Betriebsausstattung
Hauptschule	4.356,74	600,00	3.756,74	Beamer, Nähmaschine, Software
Musikschule	3.632,67	1.363,73	2.268,94	EDV 1.655,90 Euro und sonstige Betriebsaustattung
Ortsbild	3.200,00	0	3.200,00	Straßenwaschbalken
Bauhof	823,94	0	823,94	Bohrhammer
Straßenbeleuchtung	8.116,72	1.575,00	6.541,72	Erweiterung (4.259,95 Euro) und Schutzwegbeleuchtung 3.856,77 Euro)
Wasserversorgung	5.996,45	0	5.996,45	Fahrzeug
Alten- und Pflegeheim	12.758,10	12.758,10	0	Betriebsausstattung
Nahwärme	69.666,00	69.666,00	0	Erweiterung
Summe	119.483,58	86.362,83	33.120,75	

Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug im abgelaufenen Finanzjahr 1,54 % der ordentlichen Jahreseinnahmen. Der Nettoaufwand für die Investitionen belief sich auf 33.120,75 Euro (0,43 % der angeführten Bemessungsgrundlage). In den Finanzjahren 2004 bis 2008 betrug das durchschnittliche Investitionsvolumen ca. 57.200 Euro (Bandbreite zwischen ca. 24.900 Euro bis ca. 116.000 Euro). In den Vorjahren ist jedoch kein Investitionsaufwand bei der "Nahwärme" entstanden; dieser Investitionsaufwand wirkte sich jedoch im Finanzjahr 2009 auch nicht haushaltsbelastend aus.

Die durchgeführten Investitionen waren für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes notwendig.

Instandhaltungsmaßnahmen

Der Instandhaltungsaufwand (Postenklassen 611 bis 619) betrug 322.265,69 Euro; für diese Aufwendungen waren 4,16 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden. In den Finanzjahren 2004 bis 2008 lag der durchschnittliche jährliche Aufwand bei ca. 297.200 Euro (Bandbreite zwischen ca. 259.300 Euro und ca. 332.200 Euro). Der überdurchschnittliche Aufwand im Finanzjahr 2009 war dabei vor allem auf den im Vergleich zum Jahr 2008 um ca. 48.000 Euro höheren Instandhaltungsaufwand für die Brandabschottung und Erneuerung der Brandmelder beim Alten- und Pflegeheim zurückzuführen; da diese Einrichtung jedoch mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschloss, wirkte sich dies nicht haushaltsbelastend aus.

Freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang lagen unter 15 Euro pro Einwohner und bewegten sich somit im vorgegebenen Rahmen.

Rücklagen

Zum 31. Dezember 2009 verfügte die Marktgemeinde über folgende Rücklagen:

Altenheimrücklage	288.000,14 Euro
Rücklage Essen auf Rädern	7.574,21 Euro
Rücklage Aschacherhaltung	1.107,97 Euro
Gesamtsumme:	296.682,32 Euro

Diese Mittel wurden während des Haushaltsjahres weitestgehend zur Verstärkung des Kassenbestandes herangezogen; entsprechend dem stark rückläufigen Zinsniveau sank im Laufe des Jahres auch die Habenverzinsung von 2,375 % auf 1 % p.a.

Steuer- und Gebührenrückstände

Im Rechnungsabschluss scheinen am Ende des Finanzjahres Einnahmerückstände von 53.848,22 Euro (Ende 2008 53.699 Euro) auf; davon entfielen ca. 27.300 Euro auf Interessenten- und Aufschließungsbeiträge, deren Fälligkeit zum Teil am Beginn des Finanzjahres 2010 lag und die zwischenzeitlich bis auf einen Abgabepflichtigen auch beglichen wurden. Die Rückstände wurden mit dem Kassensführer erörtert; Säumniszuschläge gelangen zur Vorschreibung bzw. werden grundsätzlich auch Schritte zur zwangsweisen Einbringung der Rückstände gesetzt. Bei den betraglich bedeutsamen Rückständen des Abgabepflichtigen mit der Steuernummer 016200 sollte der Zahlungsvollzug forciert werden.

Fremdfinanzierungen

Darlehen

Der Stand der Darlehen betrug am Ende des Finanzjahres 7.328.722,48 Euro, wobei es gegenüber dem Vorjahr auf Grund von Zugängen von 545.000 Euro bei Tilgungen von 425.403,13 Euro zu einem Anstieg von 119.596,87 Euro kam; die Darlehensaufnahmen entfielen auf den Siedlungswasserbau (500.000 Euro) und das Kommunalfahrzeug (45.000 Euro).

Aushaftende Darlehen von ca. 587.300 Euro wirken sich haushaltsbelastend aus; die übrigen Darlehen belasten die Bereiche Wasserver-, Abwasserentsorgung und Alten- und Pflegeheim, bei denen Überschüsse im laufenden Betrieb erzielt werden.

Der Annuitätendienst betrug im Finanzjahr 2009 nach Abzug der Schuldendienstsätze 498.252,60 Euro, d.s. 6,49 % der ordentlichen Jahresausgaben; im Finanzjahr 2008 belief sich der diesbezügliche Aufwand auf ca. 426.600 Euro (5,51 % der ordentlichen Jahresausgaben). Der höhere Annuitätendienst im Jahr 2009 ist dabei auf die Sondertilgung in Höhe von ca. 80.800 Euro bei einem Darlehen für die Freibadsanierung zurückzuführen. Hingegen konnte der Zinsdienst auf Grund des rückläufigen Zinsniveaus von den mit ca. 240.600 Euro veranschlagten Ausgaben im Voranschlag 2009 auf ca. 195.900 Euro im Rechnungsabschluss 2009 verringert werden. Da die Darlehen der Marktgemeinde zu einem sehr beträchtlichen Teil eine Koppelung der Verzinsung an die Entwicklung der

Sekundärmarktrendite, Emittenten gesamt, aufweisen, konnte die bei einer ausschließlichen bzw. weitgehenden Bindung der Darlehen an die Entwicklung des Satzes für den 6-Monats-EURIBOR erzielbare markantere Verminderung des Zinsendienstes nicht in vollem Umfang lukriert werden.

Die Darlehen für die BA 7, 9, 10 und 11 weisen eine Laufzeit von 25 Jahren auf. Die Marktgemeinde wurde mit Schreiben der Aufsichtsbehörde vom 30. Jänner 2008, IKD(Gem)-300030/206-2008-Sec, eingeladen, Siedlungswasserbaudarlehen grundsätzlich mit einer Laufzeit von 33 Jahren aufzunehmen bzw. laufende Darlehen auf 33 Jahre zu strecken. Dazu hat die Marktgemeinde der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 18. März 2008 mitgeteilt, dass eine Streckung der Laufzeit zu einer Erhöhung der Gesamtbelastung von 454.000 Euro führen würde.

Eine weitere starke Belastung für den ordentlichen Haushalt stellen die Ausgaben für die Leasingraten dar. Der diesbezügliche Nettoaufwand betrug ca. 239.600 Euro; die Belastungen stehen dabei weitestgehend im Zusammenhang mit der Leasingfinanzierung für die Schulen (Laufzeit bis 2013).

Von der Aufnahme weiterer haushaltsbelastender Darlehen sowie vom Eingang neuer Leasingverpflichtungen sollte im Hinblick auf die umfangreichen Rückzahlungsverpflichtungen Abstand genommen werden.

Kassenkredit

Die Zinsen für die Inanspruchnahme des Kassenkredites beliefen sich auf 6.088,19 Euro (Finanzjahr 2008 5.324,77 Euro). Die Verzinsung des Kassenkredites (Rahmen von 800.000 Euro – aufgeteilt auf zwei Geldinstitute) wurde an die Entwicklung des Satzes für den 6-Monats-EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,82 %-Punkten gekoppelt. Am Ende des Finanzjahres wurde der Kassenkredit mit 242.836,18 Euro in Anspruch genommen. Die nicht marktkonforme Verzinsung wurde auch in unserem Prüfungsbericht über die im Vorjahr durchgeführte Gebarungsprüfung bereits erörtert. In Zukunft sollten daher neben den ortsansässigen Geldinstituten auch auswärtige Geldinstitute zur Anbotslegung eingeladen und der Kassenkredit an das Geldinstitut mit den günstigsten Konditionen vergeben werden.

Personalaufwendungen

Der Personalaufwand – unter Berücksichtigung der Pensionsaufwendungen und der Aufwendungen für die Aus- und Fortbildung – betrug 2.761.784,83 Euro; dies entspricht 35,97 % der ordentlichen Jahreseinnahmen. Im Finanzjahr 2008 belief sich der Personalaufwand auf 2.597.350,49 Euro. Der Anstieg der Personalkosten ist dabei mit ca. 94.500 Euro weitgehend auf den auf Grund des Personalschlüssels für den Pflegebereich angestiegenen Personalbedarf im Alten- und Pflegeheim zurückzuführen; durch die ausgeglichene Gebarungsführung beim Alten- und Pflegeheim ist mit diesem Anstieg jedoch kein haushaltsbelastender Effekt verbunden.

Die aussagekräftigeren Personalkosten ohne den Betrieb des Altenheimes betragen im Finanzjahr 2009 912.220,01 Euro (Finanzjahr 2008 862.030 Euro). Die Steigerung ist dabei im Wesentlichen auf die generelle Bezugserhöhung und Biennalvorrückungen sowie auf höhere Aufwendungen für den Lehrling (nach Aufnahme während des Jahres 2008 für das gesamte Jahr 2009 budgetwirksam) und die Mehrbelastungen durch die Selbstträgerschaft beim Dienstgeberbeitrag für den Familienlastenausgleichsfonds zurückzuführen. Der Anteil der Personalausgaben an den um den Unterabschnitt Altenheim verringerten Gesamteinnahmen betrug demnach 17,27 %.

Öffentliche Einrichtungen - Gebührenhaushalt

Abfallbeseitigung

Diese Einrichtung wies bei Einnahmen von 161.664,68 Euro und Ausgaben von 160.506,69 Euro einen Überschuss von 1.157,99 Euro auf. In den Finanzjahren 2006 bis 2008 entstand bei einer Gesamtbetrachtung ein geringfügiger Überschuss von 130 Euro. Einer kostendeckenden Führung dieser Einrichtung ist weiterhin entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wasserversorgung

Diese Einrichtung erzielte im laufenden Betrieb – Ausklammerung der Investitionen, Anschlussgebühren und Rücklagenbewegungen – bei Einnahmen von 156.806,59 Euro und Ausgaben von 103.535,55 Euro einen Überschuss von 53.271,04 Euro. In den Finanzjahren 2006 bis 2008 wurden tendenziell steigende Überschüsse von 25 Euro bis 44.177 Euro im Finanzjahr 2008 erzielt.

Die Wasserbezugsgebühr betrug im Finanzjahr 2009 1,45 Euro pro m³ (exkl. USt.) und lag um 0,20 Euro über den im Erlasswege vorgegebenen Mindestgebühren für Abgangsgemeinden.

Abwasserbeseitigung

Im laufenden Betrieb entstand bei Einnahmen von 560.891,34 Euro und Ausgaben von 497.082,08 Euro ein Überschuss von 63.809,26 Euro. In den Finanzjahren 2006 bis 2008 wurden durchschnittlich Überschüsse von ca. 65.800 Euro erzielt; im Finanzjahr 2008 betrug der Überschuss ca. 53.900 Euro.

Die Kanalbenutzungsgebühren wurden im Jahr 2009 mit 3,10 Euro pro m³ zuzüglich einer Benutzungsgebühr von 54 Euro (jeweils exkl. USt.) für die Einleitung von Dach- und Oberflächenwässern je angefangener Dachfläche von 300 m² eingehoben. Die Einnahmen aus der verbrauchsbezogenen Komponente betragen 403.885,44 Euro und auf die Einnahmen für die Einleitung von Dach- und Oberflächenwässern entfielen 33.614,82 Euro (d.s. 8,32 % der verbrauchsbezogenen Komponente). Die Mindestgebühr betrug im Finanzjahr 2009 3,10 Euro pro m³. Dadurch wurde auch dem Erfordernis einer Abgangsgemeinde entsprochen, die Gebühr so wie bei der Wasserversorgung um 0,20 Euro pro m³ über den Mindestgebühren festzusetzen.

Die Mindestanschlussgebühren für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung entsprachen den von der Aufsichtsbehörde vorgegebenen Werten.

Kindergarten

Für den von der Pfarr-Caritas seit September 2008 fünfgruppig geführten Kindergarten (vorher vier Gruppen) sind die Besuchszeiten von Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 16.00 Uhr und an einem Freitag von 7.00 bis 13.30 Uhr festgesetzt. Bei einem durchschnittlichen Besuch von 100 Kindern hat die Marktgemeinde im Finanzjahr 2009 eine Abgangsdeckung von 128.889,32 Euro (Finanzjahr 2008 57.892,81 Euro, Finanzjahr 2007 49.694,42 Euro) übernommen. Der sehr starke Anstieg für die Abgangsdeckung ist dabei neben der im Finanzjahr 2009 voll budgetwirksam gewordenen fünften Gruppe – erhöhter Aufwand auch durch die mit fünfzehn Wochenstunden festgesetzte Leitertätigkeit der Kindergartenleiterin – und auf eine Änderung des Abrechnungsmodus zurückzuführen. Die Abrechnung des Abganges erfolgte im Finanzjahr 2009 erstmals bezogen auf das Kalenderjahr und nicht wie vorher bezogen auf das Kindergartenjahr; durch diese Umstellung wurden im Finanzjahr 2009 neben dem gesamten Kalenderjahr 2009 auch noch Monate aus dem Jahr 2008 bei der Berechnung des Abganges berücksichtigt.

Seit September 2004 wird für das Begleitpersonal bei der Beförderung der Kinder ein monatlicher Kostenersatz von 8 Euro pro Kind eingehoben.

Zusätzlich zur angeführten Abgangsdeckung ist für die Beförderung der Kinder nach Abzug der Landesförderung und der Elternbeiträge ein Nettoaufwand von 5.938,60 Euro, für den Annuitätendienst ein Aufwand von 12.327,08 Euro und für sonstige Ausgaben ein Nettoaufwand von 8.554,98 Euro entstanden. Der Nettoaufwand beim Kindergarten lag somit im Finanzjahr 2009 bei 155.709,98 Euro (Finanzjahr 2008 ca. 77.500 Euro); dies entspricht einem Zuschussbedarf von 1.557 Euro pro Kind. Bei Berücksichtigung des geänderten Abrechnungsmodus errechnet sich ein Zuschussbedarf pro Kind von 1.299 Euro. Der Vergleichswert aus dem Finanzjahr 2008 lag bei 834 Euro.

Freibad

Diese Einrichtung erzielte im laufenden Betrieb – zusätzlich wurde hier der Annuitätendienst und die Rücklagenentnahme zur Sondertilgung ausgeklammert – bei Einnahmen von 24.711,10 Euro und Ausgaben von 65.820,15 Euro einen Abgang von 41.109,05 Euro. Im Finanzjahr 2008 lag der diesbezüglich ermittelte Abgang bei ca. 34.400 Euro. Der Nettoaufwand für den Annuitätendienst betrug 53.087 Euro. Die Entgelte für den Eintritt wurden vor der Badesaison 2009 (letzte Erhöhung 2006) auf ein angemessenes Niveau angehoben.

Schülerauspeisung

Die Schülerauspeisung führte im Finanzjahr 2009 bei Einnahmen von 43.761,66 Euro und Ausgaben 47.861,21 Euro zu einem Abgang von 4.099,55 Euro. In den Jahren 2006 bis 2008 betrug der durchschnittliche Abgang ca. 4.400 Euro. Mit Wirksamkeit 1. Jänner 2009 wurden die Entgelte für Schüler auf 2,60 Euro, für Kindergartenkinder auf 2,80 Euro, für Lehrer und Kindergartenpersonal auf 3,60 Euro und für sonstige Personen auf 5,50 Euro erhöht.

Essen auf Rädern

Diese Einrichtung führte bei Einnahmen von 57.420,35 Euro und Ausgaben von 54.472,98 Euro zu einem Überschuss von 2.947,37 Euro; von diesem Überschuss wurden 2.847,20 Euro einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt. Für eine Essensportion gelangt seit dem Jahr 2006 ein Entgelt von 7,50 Euro zur Verrechnung.

Alten- und Pflegeheim

Die Marktgemeinde betreibt ein Alten- und Pflegeheim mit 87 Heimplätzen. Die Einrichtung weist im Finanzjahr 2009 bei Einnahmen von 2.395.310,66 Euro und Ausgaben von 2.395.300,27 Euro einen Überschuss von 10,39 Euro auf. Neben der Abwicklung von Investitionen in Höhe von 12.758,10 Euro war es auch möglich, eine Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage in Höhe von 49.114,93 Euro durchzuführen. Auch in den Jahren 2006 bis 2008 wurden insgesamt Überschüsse von 214.907 Euro erzielt, die im Ausmaß von ca. 176.200 Euro der zweckgebundenen Rücklage zugeführt und mit ca. 39.300 Euro für die Durchführung von Investitionen herangezogen wurden.

Feuerwehrwesen

Im Gemeindegebiet gibt es vier Freiwillige Feuerwehren. Nach Abzug der laufenden Einnahmen, der Investitionen der Postenklasse 0 und des Annuitätendienstes betrug der laufende Aufwand 56.607,26 Euro; dies entspricht einem Aufwand von 15,20 Euro pro Einwohner. Im Finanzjahr 2008 lag der laufende Aufwand pro Einwohner bei 13,17 Euro (Finanzjahr 2007 bei 13,42 Euro. Der Be-

zirksschnitt liegt bei ca. 12 Euro pro Einwohner. Eine Annäherung an den Bezirksschnitt sollte angestrebt werden.

Außerordentlicher Haushalt

Vorhaben	Genehmigter Finanzierungsplan (IKD)	tatsächliche Ausgaben bisher	Überschuss Gesamt	Abgang gesamt
FF Waizenkirchen LFB	267.930	342,72	0	342,72
FF Stillfüssing KLF	72.100	113.736,48	0	0
FF Unterheuberg KLF	65.000	115.877,22	0	0
FF Ritzing Feuerwehrhaus	400.000	200.000	0	0
Grundkauf Parkplatz bei Landwirtschaftsschule	35.000	36.949,38	0	0
Kindergarten – Gruppen-erweiterung	54.820	56.809,90	0	18.539,90
Hort	11.500	12.369,90	1.630,10	0
Union Vereinsheim mit Turnhalle	36.325	7.500,00	0	0
Öffentliche Bibliothek	36.000	34.500,00	0	0
Ortsentwicklung	---	4.228,59	40.771,41	0
Gemeindestraßen 2007 - 2010	1.200.000	1.034.221,72	0	140.381,55
Güterwege	---	81.922,84	0	0
INKOBA	---	1.223,05	0	1.223,05
WV Prambachkirchen und Umgebung	---	10.893,22	0	0
Kommunaltraktor	117.500	114.159,27	0	67.659,27
Baulanderschließung	---	278.646,14	83.172,04	0
Betreubares Wohnen	---	75.047,07	0	2.872,14
WVA	---	1.573.530,47	0	0
WVA Brunnen	560.000 (laut Fördervertrag)	77.641,83	48.407,30	0
ABA BA 09	1.000.000 (laut Fördervertrag)	1.393.823,27	0	10.871,16
ABA BA 07	1.400.000 (laut Fördervertrag)	1.670.771,80	0	0
Kanalсанierung	---	70.370,05	0	30.521,03
ABA BA 10	1.485.000 (laut Fördervertrag)	1.670.495,68	13.223,83	0
ABA BA 11	1.580.000 (laut Fördervertrag)	285.388,75	0	109.913,84
Summe			187.204,68	382.324,66

Der außerordentliche Haushalt weist bei laufenden Einnahmen von 1.506.744,04 Euro und Ausgaben von 1.493.917,35 Euro und bei Berücksichtigung der Fehlbeträge und Überschüsse aus dem Finanzjahr 2008 (-207.946,67 Euro) einen Fehlbetrag von 195.119,98 Euro auf.

Im Hinblick auf die Fehlbeträge bei den verschiedenen Vorhaben wird darauf hingewiesen, dass einer gesicherten Finanzierung besonderes Augenmerk zuzuwenden ist. Gemäß § 80 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung 1990 dürfen Vorhaben nur insoweit begonnen und fortgeführt werden, als die dafür vorgesehenen Einnahmen vorhanden oder rechtlich und tatsächlich gesichert sind.

Die o.a. Überschüsse bei den einzelnen Vorhaben werden zur teilweisen Bedeckung von weiteren Ausgaben bei diesen Vorhaben herangezogen.

Die Fehlbeträge bei den Vorhaben "Kindergarten-Gruppenerweiterung" und "Kommunaltraktor" konnten im Finanzjahr 2010 durch die Gewährung der in den Finanzierungsplänen enthaltenen Förderungsmittel bereits ausgeglichen werden.

Der Fehlbetrag beim Vorhaben "Gemeindestraßen 2007 – 2010" kann entsprechend der Veranschlagung im Voranschlag 2010 (Überschuss von 111.000 Euro) nachhaltig verringert werden, wobei die gänzliche Ausfinanzierung laut Auskunft der Marktgemeinde durch Interessenten- und Aufschließungsbeiträge in den Folgejahren erfolgen soll.

Die Abwicklung der Siedlungswasserbauten erfolgt grundsätzlich entsprechend den vorliegenden Förderverträgen; hinsichtlich der Kostensteigerungen hat die Marktgemeinde das Einvernehmen mit der Förderstelle hergestellt.

Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit:

Das Maastricht-Ergebnis weist ein Defizit von 74.379,36 Euro auf; im Finanzjahr 2008 wurde ein Überschuss von 33.141,35 Euro erzielt. Im Hinblick auf die von den Gemeinden im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes eingegangenen Verpflichtungen sollte eine Verbesserung des Ergebnisses angestrebt werden.

Der ausgewiesene Kassen-Istbestand auf Seite 5 des Rechnungsabschlusses weist bei einem Girokonto nicht wie erforderlich den Stand per 31. Dezember 2009, sondern den vom 4. Jänner 2010 auf.

Der im Schuldennachweis beim Darlehen für die ABA BA11 ausgewiesene Darlehensstand von 500.000 Euro stimmt mit dem bei diesem Bauabschnitt bis Ende 2009 aufgenommenen Darlehen von 160.000 Euro nicht überein. Zuzahlungen wurden nämlich auch zu zwei anderen Bauabschnitten vorgenommen; dies sollte auch im Schuldennachweis berücksichtigt werden.

Schlussbemerkung:

Der Rechnungsabschluss 2009 wird unter Hinweis auf die angeführten Feststellungen zur Kenntnis genommen.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis nehmen.

A b s t i m m u n g:

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Prüfbericht wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 4 der TO.: Abänderung der Abfallordnung

GVM. Josef Zistler berichtet namens des Ausschusses für örtliche Umweltangelegenheiten:

Die Abfallordnung der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 27.03.2007 ist gemäß den Bestimmungen des der Oö. Abfallwirtschaftsgesetzes 2009 idgF bis 31.12.2010 an das neue Gesetz anzupassen.

Die Begriffsbestimmungen wurden dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 (Oö. AWG 2009) angepasst.

Der Abholbereich für die Sammlung der biogenen Abfälle umfasst ab sofort das gesamte Gemeindegebiet.

Die Anzahl der Abfallbehälter für Hausabfälle ist so festzulegen, dass jedem Haushalt unter Berücksichtigung des Abfuhrintervalls nachstehendes Behältervolumen zur Verfügung steht:

<u>Haushaltsgröße:</u>	<u>Mindestbehältervolumen pro Woche</u>
1-Personen-Haushalt.....	5 Liter
2-Personen-Haushalt.....	8,5 Liter
3-Personen-Haushalt.....	11,3 Liter
4-Personen-Haushalt.....	13,5 Liter
5-Personen-Haushalt.....	15 Liter

Im Zweifelsfall ist die Anzahl von amts wegen oder auf Antrag des Grundeigentümers vom Bürgermeister mit Bescheid festzusetzen.

Die Änderungen sind in der nachstehenden Abfallordnung fett dargestellt.

Der Ausschuss für örtliche Umweltangelegenheiten hat in seiner Sitzung vom 31.05.2010 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt der Beschlussfassung folgenden Antrages.

A n t r a g

Der Gemeinderat möge beschließen:

ABFALLORDNUNG

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 28.09.2010.

Aufgrund des § 6 des Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 (Oö. AWG 2009), LGBl. Nr. 71/2009 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1**ÖFFENTLICHE ABFALLABFUHR**

- 1) Die Marktgemeinde Waizenkirchen betreibt für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden **Hausabfälle** eine öffentliche Abfallabfuhr.

- 2) Die Marktgemeinde Waizenkirchen betreibt für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden **biogenen Abfälle** eine öffentliche Abfuhr.
- 3) Die Marktgemeinde Waizenkirchen betreibt für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden **haushaltsähnlichen Gewerbeabfälle** eine öffentliche Abfallabfuhr.

§ 2

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1. **Hausabfälle** sind alle festen Siedlungsabfälle die in Haushalten üblicherweise anfallen, sofern sie nicht als Altstoffe oder biogene Abfälle einer getrennten Sammlung zuzuführen sind oder als sperrige Abfälle anzusehen sind.
2. **Sperrige Abfälle** sind feste Siedlungsabfälle, die in den Haushalten üblicherweise anfallen, aber wegen ihrer Größe oder Form nicht in den für Hausabfälle bestimmten Abfallbehältern gelagert werden können.
3. **Biogene Abfälle** sind Stoffe, die aufgrund ihres hohen organischen, biologisch abbaubaren Anteils für die aerobe und anaerobe Verwertung besonders geeignet sind und zwar Grünschnitt (lit.a.) und Biotonnenabfälle (lit.b).
 - a. **Grünabfälle; natürliche organische Abfälle aus dem Garten und Grünflächenbereich, wie insbesondere Grasschnitt, Strauchschnitt, Baumschnitt, Christbäume, Laub, Blumen und Fallobst;**
 - b. **Biotonnenabfälle:**
 - **feste pflanzliche Abfälle, insbesondere solche aus der Zubereitung von Nahrungsmitteln;**
andere organische Abfälle aus der Zubereitung und dem Verzehr von Nahrungsmitteln (Speisereste), sofern sie einer dafür geeigneten aerobern oder anaeroben Behandlungsanlage zugeführt werden können;
 - **Papier, sofern es sich um unbeschichtetes Papier, welches mit Nahrungsmitteln in Berührung steht oder zur Sammlung und Verwertung von biogenen Abfällen geeignet ist.**
4. **Haushaltsähnlicher Gewerbeabfall** sind feste Abfälle aus Gewerbe Land- und Forstwirtschaft sowie aus vergleichbaren Einrichtungen im öffentlichen Bereich, die in ihrer Zusammensetzung oder Beschaffenheit Hausabfällen ähnlich sind.
5. **Ornungsgemäße Eigenkompostierung:** Eine Eigenkompostierung gilt dann als ordnungsgemäß, wenn dabei die Ziele und Grundsätze des Oö. Abfallwirtschaftsgesetzes 2009 eingehalten werden, insbesondere keine schädlichen Einwirkungen auf Böden und Gewässer bewirkt werden, keine unzumutbaren Belästigungen für Nachbarn oder Nachbarinnen entstehen und ausschließlich eigene biogene Abfälle pflanzlicher Herkunft eingesetzt werden.

§ 3

ABFALLTRENNUNG

1. Jedermann ist verpflichtet, Abfälle bereits beim Anfall soweit zu trennen und so getrennt zu lagern und bereitzustellen, dass eine weitestgehende stoffliche Verwertung bzw.

Kompostierung möglich wird.

2. Insbesondere sind Hausabfälle und biogene Abfälle getrennt zu lagern und für die Sammlung und Abfuhr bereitzustellen. Dabei ist darauf zu achten, dass Abfälle ausschließlich in die für die jeweilige Abfallart bestimmten und für die Sammlung dieser Abfallarten vorgesehenen Abfall-behälter eingebracht wird.

Biogene Abfälle können jedoch auch der Eigenkompostierung zugeführt werden wenn diese ordnungsgemäß erfolgt.

§ 4

ABHOLBEREICH

1. a) Der Abholbereich für die Erfassung der **Hausabfälle** umfasst das gesammte Gemeindegebiet der Marktgemeinde Waizenkirchen.
 b) Für **sperrige Abfälle** besteht eine ständige Abgabemöglichkeit im Altstoffsammelzentrum in Inzing. **Überdies erfolgt eine Abholung nach Bedarf gegen vorheriger Anmeldung beim Gemeindeamt.**
 c) Für **Altstoffe** besteht eine Abgabemöglichkeit im Altstoffsammelzentrum und beim Containerplatz in Inzing.
2. Der Abholbereich für die Sammlung der biogenen Abfälle umfasst **das gesamte Marktgemeindegebiet**.
3. Der Abholbereich für die Erfassung der **haushaltsähnlichen Gewerbeabfälle** umfasst das gesamte Gemeindegebiet, wenn nicht zum Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit dieser Verordnung ein gültiger privatrechtlicher Vertrag mit einem Entsorgungsunternehmen besteht.

§ 5

PFLICHTEN DER ABFALLBESITZER

1. **Hausabfälle** sind von demjenigen, bei dem sie anfallen, für die Sammlung bereitzustellen.
2. **Sperrige Abfälle** sind von demjenigen bei dem sie anfallen, zum Altstoffsammelzentrum in Inzing zu bringen, **bei Abholung im Bedarfsfall am vereinbarten Ort zur Sammlung bereitzustellen.**
3. **Biogene Abfälle** sind im Abholbereich für die Sammlung bereitzustellen, ansonsten zur Kompostierungsanlage der Fa. Hinterberger OEG in der Gemeinde Haibach/Donau, gegen Kostenersatz zu bringen. Der Kostenersatz entfällt für eine Anlieferung von max 5m³ Strauch- oder Grünschnitt /Jahr für alle Haushalte, bei denen keine Biotonnen Abfuhr erfolgt.
 Die Verpflichtung entfällt, wenn die biogenen Abfälle einer Eigenkompostierung zugeführt werden.
4. **Haushaltsähnliche Gewerbeabfälle** sind von demjenigen, bei dem sie anfallen, für die Sammlung bereitzustellen.
5. **Altstoffe** sind von demjenigen ,bei dem sie anfallen, in die für die Sammlung dieser Abfallart vorgesehenen Abfallbehälter beim Containerplatz und im Altstoffsammelzentrum in Inzing einzubringen. Dabei ist darauf zu achten, dass Hausabfälle, biogene Abfälle, sonstige Abfälle und haushaltsähnliche Gewerbeabfälle weder in die für die Sammlung der Altstoffe

bereitgestellten Abfallbehälter eingebracht noch davor abgelagert werden. Die für Altstoffe vorgesehenen Sammeleinrichtungen dürfen nicht über das bei ordnungsgemäßer Benützung übliche Ausmaß hinaus verunreinigt werden.

§ 6 ABFALLBEHÄLTER

1. Für die Lagerung der **Hausabfälle** und **haushaltsähnlichen Gewerbeabfällen** sind Abfallbehälter aus Kunststoff (EN 840-1) mit einem Fassungsvermögen von 90 Liter zu verwenden. Falls erforderlich oder über Wunsch des Grundstückseigentümers sind auch Großraumabfall-container mit einem Fassungsvermögen von 800 Liter (EN 840-3) zu verwenden. Lediglich in Ausnahmefällen dürfen daneben auch geeignete Abfallsäcke mit einem Fassungsvermögen von 90 Liter (EN 13592) verwendet werden.
2. Für die Lagerung der **biogenen Abfälle** sind Abfallbehälter aus Kunststoff mit einem Fassungsvermögen von 120 oder 240 Liter (EN 840-1) oder bei größeren Mengen auch kompostierbare Biotonneneinstecksäcke mit einem Fassungsvermögen von 120 bzw. 240 Liter (En 13593) zu verwenden.
3. Die Abfallbehälter für die Hausabfälle, biogenen Abfälle und haushaltsähnlichen Gewerbeabfälle werden von der Gemeinde beschafft und an die Grundeigentümer verkauft.
4. Die Grundeigentümer haben die Abfallbehälter an hierfür geeigneten, für die Benutzer der Behälter und die mit der Sammlung (Erfassung) betrauten Personen leicht zugänglichen Stellen so aufzustellen, dass durch deren ordnungsgemäße Benützung, Entleerung oder Transport keine Gefährdung oder unzumutbare Belästigung für Menschen erfolgen kann. Wird dieser Verpflichtung nicht entsprochen, ist der Ort der Aufstellung vom Bürgermeister mit Bescheid zu bestimmen.
5. Die Abfallbehälter dürfen nicht beschädigt und nur soweit befüllt werden, dass sie stets ordnungsgemäß geschlossen werden können. Das Einstampfen oder Einschlämmen der Hausabfälle, der haushaltsähnlichen Gewerbeabfällen und der biogenen Abfälle in die Behälter sowie das Aus- und Umleeren der Behälter ohne zwingenden Grund ist verboten.

§ 7 ANZAHL DER ABFALLBEHÄLTER

Die Anzahl der für ein Grundstück zu verwendenden Abfallbehälter richtet sich nach dem Bedarf und zwar insbesondere nach der Anzahl der die Abfallbehälter benützenden Personen, der Größe der Abfallbehälter und der Länge der Abfuhrintervalle.

Die Anzahl und das Volumen der Abfallbehälter für Hausabfälle ist so festzulegen, dass jedem Haushalt unter Berücksichtigung der Behältergröße und des Abfuhrintervalls nachstehendes Behältervolumen zur Verfügung steht:

Haushaltsgröße: _____ Mindestbehältervolumen pro Woche

1-Personen-Haushalt	5 Liter
2-Personen-Haushalt	8,5 Liter
3-Personen-Haushalt	11,3 Liter
4-Personen-Haushalt	13,5 Liter
5-Personen-Haushalt	15 Liter

Im Zweifelsfall ist die Anzahl von amts wegen oder auf Antrag des Grundeigentümers vom Bürgermeister mit Bescheid festzusetzen.

Für die Sammlung und Abfuhr der **biogenen Abfälle** ist grundsätzlich

a. für jeden Haushalt grundsätzlich	1 Biotonne	120 Liter
b. für Gaststätten	1 Biotonne	240 Liter
c. für Gewerbebetriebe	1 Biotonne	240 Liter

zu verwenden.

Bei größerem Anfall von Hausabfällen, z. B. nach Feiertagen, dürfen zusätzlich zu den vorhandenen Abfallbehältern Abfallsäcke zur Müllabfuhr verwendet werden (Inhalt 90 Liter EN 13592). Solche Abfallsäcke müssen von der Marktgemeinde Waizenkirchen besonders gekennzeichnet sein und sind am Marktgemeindeamt gegen Kostenersatz erhältlich.

Bei größerem Anfall von Gras- und Strauchschnitt des biogenen Abfalls dürfen zusätzlich zum vorhandenen Abfallbehälter kompostierbare Bioabfallsäcke (Inhalt 120 Liter EN 13592) verwendet werden. Solche Bioinstecksäcke sind beim Marktgemeindeamt gegen Kostenersatz erhältlich.

§ 8

ABFUHRTERMINE

- Die Sammlung der Hausabfälle und der haushaltsähnlichen Gewerbeabfälle durch die Marktgemeinde Waizenkirchen bzw. durch einen beauftragten Dritten erfolgt nach dem im Abfuhrplan (Anhang 1) festgelegten Intervallen unterschiedlich (wöchentlich, zwei-, drei- und sechswöchentlich).
- Die wesentlichsten Bedingungen für Abfuhrintervalle länger als zweiwöchentlich bzw. länger als dreiwöchentlich, jedoch nur in jenen Gebieten in denen es nur einen drei- bzw. sechswöchentlichen Abfuhrintervall gibt, sind:
 - in den Abfallbehältern für die Hausabfälle werden nur untergeordnete Mengen an Hygieneartikel (z.B.: Wegwerfwindeln) gegeben;
 - Altstoffe, insbesondere Altpapier und Altglas, werden so weit wie möglich, getrennt gesammelt und einer stofflichen Verwertung zugeführt.
- Die Abholung sperriger Abfälle erfolgt nach vorhergehender Vereinbarung mit der Marktgemeinde im Bedarfsfall. Ansonsten können sperrige Abfälle und Altstoffe beim Altstoffsammelzentrum in Inzing abgegeben werden.**
- Die Sammlung und Abfuhr der biogenen Abfälle erfolgt zweiwöchentlich.
- Die Tage der Sammlung und Abfuhr der Hausabfälle, haushaltsähnlichen Gewerbeabfälle, den biogenen Abfällen als auch die Abgabezeiten für sperrige Abfälle im Altstoffsammelzentrum in Inzing sind vom Bürgermeister rechtzeitig, ortsüblich in den

amtlichen Mitteilungen „Waizenkirchner Gemeindenachrichten“ , bekanntzugeben oder auf sonst geeignete Art und Weise zu veröffentlichen.

6. Änderungen des Abfuhrintervalls können nur jeweils ab dem nächstfolgendem Quartalsbeginn vorgenommen werden.

§ 9

BEHANDLUNGSANLAGEN FÜR BIOGENE ABFÄLLE

Die Marktgemeinde Waizenkirchen bedient sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben des vertraglich gebundenen Dritten, Fa. Hinterberger OEG, Siebersatl 1, 4083 Haibach/Donau, welcher eine Kompostierungsanlage mit dem Standort in der Gemeinde Haibach /D. zur Umwandlung der im Gemeindegiebt anfallenden **biogenen Abfälle** betreibt.

§ 10

ANZEIGEPFLICHT

Vermeehrt oder verringert sich die Menge des durchschnittlich von einem Grundstück abzuführenden Abfalls wesentlich, so hat dies der Eigentümer ohne unnötigen Aufschub der Marktgemeinde anzuzeigen.

§ 11

BAUWERKE AUF FREMDEN GRUND

Bei Bauwerken auf fremden Grund (Superädifikate, Bauwerke als Zugehör eines Baurechts) sind die für den Grundeigentümer geltenden Bestimmungen dieser Verordnung sinngemäß auf den Eigentümer des Bauwerks anzuwenden.

§ 12

GEBÜHREN UND BEITRÄGE

Die Berechnung der Abfallgebühr ist nach den Bestimmungen des § 18 Oö AWG 2009 vorzunehmen. Dazu erlässt der Gemeinderat eine gesonderte Abfallgebührenordnung.

§ 13

INKRAFTRETEN

1. Diese Abfallordnung wird gemäß § 94 Abs. 1 Oö. GemO 1990 durch zwei Wochen kundgemacht und wird mit dem **auf den** Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam.
2. Gleichzeitig tritt die Abfallordnung vom 27.3.2007 außer Kraft.

A b s t i m m u n g:

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 5 der TO.: Abänderung der Abfallgebührenordnung

GVM. Josef Zistler berichtet namens des Ausschusses für örtliche Umweltangelegenheiten:

Die Abfallgebühren wurden seit 12 Jahren nicht mehr angehoben. Eine Anhebung wird aber notwendig, da beim Hausabfall, den sperrigen Abfällen und dem Biotonnenabfällen eine Steigerung zu erwarten ist. Heuer decken die Einnahmen die Ausgaben voraussichtlich noch, ab 2011 ist dies nicht mehr der Fall.

Der Ausschuss für örtliche Umweltangelegenheiten hat in seiner Sitzung vom 31.05.2010 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt des Beschlussfassung folgenden Antrages.

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 28.09.2010 mit der eine Abfallgebührenordnung für die Marktgemeinde Waizenkirchen erlassen wird.

Aufgrund des § 15 Abs. 3 Z. 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 1/2007 i.d.g.F. und des § 18 des Oö. Abfallwirtschaftsgesetzes 2009, LGBl. Nr. 71/2009 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1

Für die Sammlung und Behandlung von Siedlungsabfällen ist eine Abfallgebühr zu entrichten.

§ 2

HÖHE DER GEBÜHREN (exkl. Umsatzsteuer)

Für die laut Abfallordnung vorgesehene Abholung der Hausabfälle und haushaltsähnlichen Gewerbeabfälle ist folgende Gebühr zu entrichten:

a. pro Abfallsack 90 Liter	€ 7,50 (alt € 7,20)inkl. Müllsack
b. pro Abfalltonne 90 Liter	€ 7,20 (alt € 6,91)
c. pro Abfallcontainer 800 Liter	€ 64,00 (alt € 62,14)

§ 3

GEBÜHRENSCHULDNER

Gebührensschuldner ist der Liegenschaftseigentümer, im Fall des Bestehens von Baurechten der Bauberechtigte.

§ 4

BEGINN DER GEBÜHRENPFLICHT

Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühr nach § 2 beginnt mit Anfang des Monats, in dem die Sammlung von Abfällen von den jeweiligen Liegenschaften erstmals stattfindet.

§5

FÄLLIGKEIT

Die Gebühren nach § 2 sind vierteljährlich und zwar am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. eines jeden Jahres fällig.

§ 6

INKRAFTTRETEN

Die Rechtswirksamkeit dieser Abfallgebührenordnung beginnt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungfrist folgenden Tag; gleichzeitig tritt die Abfallgebührenordnung vom 17.12.1998 außer Kraft.

Der Bürgermeister fügt dem Antrag hinzu, dass eine geringe Erhöhung der Abfallgebühren notwendig ist, da auch die Entleerung der Biotonne weiterhin kostenlos sein sollte für die Waizenkirchner.

Debatte:

GR Ehrengruber fragt an, ob die alten Blechtonnen 120 l Inhalt hatten.

Der Bürgermeister antwortet ihm, dass in den alten Blechmülltonnen auch nur 90 l Fassungsraum hatten.

GR Reichert äußert, dass die Biotonne von großem Vorteil ist, besonders da die Entleerung kostenlos ist. Weiters äußert er, dass im Abfallbereich, trotz kostenloser Biotonnenentleerung, noch immer ein Überschuss vorhanden ist.

Bürgermeister Degeneve entgegnet ihm, dass wir momentan bereits bei 6,80 € pro Entleerung liegen. Laut dem Kassenleiter, Herrn Vorauer, werden sich die Abfallgebühren im nächsten Jahr bereits auf 6,91 € pro Entleerung belaufen. Da mit einer Steigerung der Abholkosten zu rechnen ist, war es wieder einmal notwendig die Gebühren zu erhöhen, da im Abfallbereich nicht mit einem Minusbetrag abgeschlossen werden darf.

Der Amtsleiter fügt dem hinzu, dass mit dem Beschluss der neuen Abfallordnung eine Ausdehnung der Biotonne auf das gesamte Gemeindegebiet beschlossen wurde. Durch die Ausdehnung werden höhere Entleerungskosten anfallen. Es ist daher notwendig, die Abfallgebühren geringfügig zu erhöhen.

GR Reichert kann sich nicht vorstellen, dass durch die Errichtung des ASZ mehr Restmüll anfällt, als vorher.

Darauf entgegnet ihm der Bürgermeister, dass die Gebühren aufgrund des ASZ's nicht schon viel früher angehoben werden mussten. Jedoch steht die Marktgemeinde mit den momentanen Abfallgebühren an der Grenze, es ist eine 4 %ige Steigerung der Abfallgebühren notwendig.

Weiters spricht GR Reichert an, dass die Dachabwassergebühr anscheinend wieder um 15 € teurer geworden ist.

Der Amtsleiter verneint dies, da für eine solche Gebührenerhöhung ein Beschluss des Gemeinderates notwendig gewesen wäre.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 23 Mitglieder (ÖVP-, SPÖ-, Grüne-Fraktion),

(C) gegen den Antrag: 2 Mitglieder (FPÖ-Fraktion).

Der Antrag wird somit mit Stimmenmehrheit zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 6. der TO.: Einrichtung eines Hortes; Finanzierungsplan

Herr Bgm. Wolfgang Degeneve berichtet:

Mit Beginn des Schuljahres 2009/10 wurde im Hauptschulgebäude in Zusammenarbeit mit dem OÖ. Hilfswerk ein Schülerhort eingerichtet.

Für die Raumausstattung wurde vom Amt der oö. Landesregierung mit Schreiben vom 21.8.2009 ein Finanzierungsplan vorgelegt, welcher in der GR-Sitzung am 12.11.2009 beschlossen wurde.

Mit Schreiben vom 6.9.2010, IKD(Gem)-311139/483-2010-Mt wurde ein neuerlicher Finanzierungsplan vorgelegt, der analog zur gewährten Landesförderung eine Erhöhung der BZ-Mittel vorsieht.

Bgm. Degeneve stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat möge folgenden Finanzierungsplan für die Einrichtung eines Hortes beschließen:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	bis 2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Gesamt in EURO
Rücklagen								0
Anteilsbetrag o.H.	2.980	1.980						4.960
Interessentenbeiträge								0
Vermögensveräußerung								0
(Förderungs-)Darlehen								0
(Bank-)Darlehen								0
Sonstige Mittel								0
Bundeszuschuss								0
Landeszuschuss		4.960						4.960
Bedarfszuweisung		3.830	1.130					4.960
								0
Summe in EURO	2.980	10.770	1.130	0	0	0	0	14.880

Abstimmung:

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 7.) der TO.: Amt der Oö. Landesregierung, Dir. Inneres u. Kommunales – Auftrag zur Optimierung der Siedlungswasserbaudarlehen.

Bürgermeister Wolfgang Degeneve berichtet namens des Gemeindevorstandes

Bereits mit Erlass Gem- 300030/179-2005-Sec/Pü vom 4. Oktober 2005 wurden die Gemeinden über die Möglichkeit informiert, laufende alte Darlehen, die nach den Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes 1983 eine Laufzeit von 25 Jahren aufweisen und vom Bund mit Annuitätzuschüssen gefördert werden, zu optimieren. Weiters wurde darauf hingewiesen, dass Abgangsgemeinden grundsätzlich Siedlungswasserbaudarlehen auf eine Laufzeit von 33 Jahren zu strecken haben. Diese Maßnahmen wurden in Hinblick darauf, dass die Gemeinde in den Jahren 2007 und 2008 ihren Haushalt wieder ausgleichen konnte und die Laufzeitverlängerung grundsätzlich eine Mehrbelastung über die Gesamtlaufzeit bedeutet, zurückgestellt.

Da die Marktgemeinde Waizenkirchen im Haushaltsjahr 2009 den Ordentlichen Haushalt wiederum nicht mehr ausgleichen konnte, wurde sie mit Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung, Dir. Inneres u. Kommunales Zl. IKD (Gem)- 300059/521-2010-Sec/Gan vom 9. Juli 2010 aufgefordert, bei den Siedlungswasserbaudarlehen eine Laufzeiterstreckung auf 33 Jahre als auch die Optimierung der Darlehen umzusetzen. Die Bearbeitung des Bedarfszuweisungsantrages für die Bedeckung des Abganges im ordentl. Haushalt wird bis zum Vorliegen des diesbezüglichen Vollzugsberichtes zurückgestellt.

Daraufhin wurden von den betroffenen Kreditinstituten Angebote zur Optimierung und Laufzeiterstreckung mit nachstehendem Ergebnis eingeholt:

(Basis Zinssätze Juli 2010: 3-Mo-Euribor 0,85 %, 6-Mo-EURIBOR 1,10 %, SMR 2,36%)

Kreditinstitut	Aufschläge	
	3-Monats Euribor	6-Monats-Euribor
Sparkasse	0,75%	0,64%
Raika	0,75%	0,65%
PSK	0,50%	0,50%

Aufstellung der betroffenen Siedlungswasserbaudarlehen

Kreditinstitut	Darlehens-gegenstand	Laufzeitende neu	Zinssatz alt	Zinssatz neu	Restschuld	Einsparung 2011	Mehr-/Minderbelastung Gesamtlaufzeit
Sparkasse	Kanalbau BA 09	2031	2,10%	1,60%	€ 774.000,00	-€ 14.482,21	-€ 8.846,49
Sparkasse	Kanalbau BA08	2030	2,03%	1,60%	€ 800.000,00	-€ 14.383,44	€ 21.168,61
Raika	Kanalbau BA06	2027	2,06%	1,60%	€ 455.658,64	-€ 9.935,29	€ 19.821,10
Raika	Kanalbau BA 10	2033	1,19%	1,60%	€ 951.462,50	-€ 8.916,96	€ 102.848,16
PSK	Kanalbau BA 11	2036	1,55%	1,60%	€ 1.600.000,00	-€ 9.019,80	€ 58.937,85
PSK	Brunnen II	2036	1,60%	1,60%	€ 350.000,00	-€ 2.060,58	€ 5.340,17
Summe						-€ 58.798,28	€ 199.269,40

Es wird ausdrücklich festgehalten, dass vor allem das Darlehen der Raika für den BA 10 zu einer massiven Mehrbelastung, auf die Gesamtlaufzeit aufgerechnet, führt. Dem Vorschlag der Gemeinde, dieses Darlehen nicht zu strecken, sondern die Gebühren geringfügig anzuheben, um den selben Einsparungseffekt zu erzielen, wurde von der IKD nicht stattgegeben.

Der Gemeindevorstand empfiehlt daher dem Gemeinderat die Beschlussfassung des nachstehenden Antrages.

A n t r a g,

„Die Marktgemeinde vereinbart mit den betroffenen Kreditinstituten eine Laufzeitverlängerung der Siedlungswasserbaudarlehen von derzeit 25 Jahren auf 33 Jahre. Gleichzeitig sollen die derzeit bestehenden Zinssätze auf das jeweils günstigste Zinsniveau optimiert werden“.

Debatte:

GR Kriegner fragt an, ob in den letzten Tagen Nachverhandlungen stattgefunden haben, da in dem ausgeschickten Antrag andere Zahlen bei der Raika und PSK zu finden sind.

Der Amtsleiter erklärt ihm, dass die Gemeinde noch einige Gespräche mit den Banken geführt hat, wie zum Beispiel mit der Raika, welche anfangs kein Angebot für einen 3 Monats-EURIBOR erstellen wollte. Er kündigt an, dass im Anschluss daran noch Verhandlungen über die weitere Vorgehensweise stattfinden werden, jedoch ist vorerst ein Grundsatzbeschluss notwendig.

GVM Faltyn merkt an, dass die 8-jährige Laufzeitverlängerung schmerzhaft ist, jedoch hat die Gemeinde als Abgangsgemeinde kein Mitspracherecht. Er hofft, dass die nachfolgenden Projekte, wie Kanalsanierungen, dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Bürgermeister erhofft sich in den Jahren 2012-2013 wieder mehr Geld, da sich die Ertragsanteile erneut gut entwickeln.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 08.) der TO.: ABA Waizenkirchen, BA 11; Grundsatzbeschluss für die Gewährung eines Landesdarlehens

Herr GVM. Karl Faltyn berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die öö. Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 31.5.2010 unter OGW-AW-070000/756-2010/Has/Al den Beschluss gefasst, der Marktgemeinde Waizenkirchen zur Finanzierung des Baues der ABA Waizenkirchen, BA 11 ein Landesdarlehen bis zu der Höhe von € 73.900,-- zu gewähren.

Das Landesdarlehen ist zinsfrei und auf die Dauer von 10 Jahren, beginnend ab der Zuzählung des letzten Darlehensteilbetrages, tilgungsfrei. Die Rückzahlung hat in 20 gleichbleibenden Halbjahresraten mit einer den gesetzlichen Zinssatz nicht übersteigenden Verzinsung jeweils zum Stichtag 1.3. und 1.9 eines jeden Jahres zu erfolgen, sofern nicht die OÖ. Landesregierung auf Grund der Finanzlage der Gemeinde einen längeren Tilgungszeitraum, einen Verzicht auf eine Verzinsung oder einen gänzlichen oder teilweisen Verzicht auf Rückzahlung genehmigt.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 14.9.2010 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende Schuldschein des Amtes der öö. Landesregierung für die Gewährung eines Landesdarlehens in der Höhe von € 73.900,-- für die Erweiterung der Abwasserentsorgungsanlage BA 11 wird vollinhaltlich zur Kenntnis genommen.“

Debatte:

GR Schatzl fragt an, ob der Schuldschein wirklich zinsfrei ist, da dies im Antrag undeutlich formuliert ist.

Der Amtsleiter erklärt ihm, dass der Schuldschein mit einer 20-jährigen Rückzahlungsvariante anzunehmen ist, dieser ist jedoch für die Dauer von 10 Jahren zinsfrei. Diese zins- und tilgungsfreie Zeit wird nach Ablauf der 10 Jahre immer wieder verlängert.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben geben die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 09.) der TO.: Vereinbarung mit der Marktgemeinde Prambachkirchen über die Entrichtung von Schulerhaltungsbeiträgen anlässlich der Sanierung der Hauptschule Prambachkirchen

Herr GVM. Herbert Jany berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Von Juli bis längstens Dezember 2010 findet eine thermische Sanierung der Hauptschule Prambachkirchen inklusive Umbauten betreffend die Barrierefreiheit statt.

Entsprechend den Bestimmungen des § 50 Pflichtschulorganisationsgesetz 1992 sind diese Kosten dem laufenden Schulerhaltungsaufwand zuzuordnen und anteilmäßig auf die betreffenden Gemeinden umzulegen. Die Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten fällt nicht unter den umlegbaren laufenden Schulerhaltungsaufwand.

Die Gesamtkosten betragen lt. Finanzierungsplan € 3,447.025,--, abzüglich Landesförderung verbleiben € 1,847.025,--, die über Darlehen finanziert werden - davon entfallen wiederum 98,11 % in den Erhaltungsaufwand, der über die Schulerhaltungsbeiträge abgerechnet wird. Die Kopfquote erhöht sich nach dieser Berechnung um ca. € 800,-- pro Schüler (derzeit besuchen 11 Schüler aus Waizenkirchen die HS Prambachkirchen).

Da lt. Aussage der Gemeinde Prambachkirchen jedoch noch zusätzliche Förderungen zu erwarten sind, wird sich dieser Betrag noch verringern.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 14.9.1010 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Mit der Marktgemeinde Prambachkirchen wird die vorliegende Vereinbarung vom 24.6.2010 betreffend die Entrichtung von Schulerhaltungsbeiträgen bzw. Gastschulbeiträgen gem. §§ 50 und 51 des öö. Pflichtschulorganisationsgesetzes 1992 abgeschlossen.“

Debatte:

GR Ehrengruber fragt an, ob diese Beiträge auch an die Marktgemeinde Waizenkirchen ergangen sind, wie die Musikschule und Hauptschule in Waizenkirchen errichtet wurden.

Der Bürgermeister erklärt ihm, dass der Schulbau in Waizenkirchen größtenteils ein Neubau war und nur bei Sanierungen Beiträge für andere Gemeinden anfallen. In Prambachkirchen werden jedoch 85% saniert und der Rest fällt unter Neubau. Daher ist die Marktgemeinde Waizenkirchen verpflichtet einen Beitrag zu leisten.

GVM Faltyn ersucht, dass bei allfälligen Sanierungen an unserer Schule auch die Kosten zum Gastschulbeitrag aufgerechnet werden.

Bürgermeister Degeneve erwidert ihm, dass kleine Sanierungsarbeiten, wie zum Beispiel Malerarbeiten, zu den Erhaltungskosten der Hauptschule zählen und damit auch im Gastschulbeitrag enthalten sind.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 10.) der TO.: Fa. Guschlbauer, Hueberstraße 24; Antrag auf Verlegung des öffentl. Gutes Parz.Nr. 1540, KG. Waizenkirchen – Erlassung einer Verordnung

Herr GVM. Helmut Auinger berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Fa. Guschlbauer hat die Liegenschaft Molkereistraße 1 mit den Grundstücken Nr. 1542, 1543/1 und 1543/2, KG. Waizenkirchen käuflich erworben und befindet sich nun das öffentl. Gut Nr. 1540, KG. Waizenkirchen zwischen den beiden Liegenschaften.

Von der Fa. Guschlbauer wurde daher mit Schreiben vom 24.6.2010 um Verlegung des öffentl. Gutes an die Nordgrenze der Gesamtliegenschaft parallel zum bestehenden öffentl. Gut Nr. 1544, KG. Waizenkirchen ersucht. Beide Wege sind in der Natur nur als Wiesenweg vorhanden.

Gem. § 11 OÖ. Straßengesetz 1991 hat eine Verlegung einer öffentl. Straße durch eine Verordnung des Gemeinderates zu erfolgen, wenn die Straßenachse von ihrem früheren Verlauf um mehr als 20 m abweicht.

Es wurde daher mit Kundmachung vom 16.7.2010 die Planaufgabe von dieser Maßnahme angekündigt und wurde innerhalb der Frist keine Einwendungen gegen die Verlegung eingebracht.

Die Kosten für die Neuvermessung werden von der Fa. Guschlbauer übernommen.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 14.9.2010 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages:

Antrag

der Gemeinderat möge beschließen:

Gemäß § 94 der Oberösterreichischen Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91 i.d.g.F. wird kundgemacht, dass der Gemeinderat der Marktgemeinde Waizenkirchen in der Sitzung am 28.9.2010 folgenden Beschluss gefasst hat:

„VERORDNUNG

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 28.9.2010 betreffend die Verlegung einer öffentlichen Verkehrsfläche.

Aufgrund der Bestimmungen des § 11, Abs. 2 des OÖ StrG. 1991, LGBl. Nr. 84, in Verbindung mit den §§ 40, Abs. 2, Z. 4 und 43, Abs. 1 der OÖ Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91/1990 i.d.g.F. wird verordnet:

§ 1

Die im beiliegenden Lageplan (§ 2) gelb markierte Wegparzelle Nr. 1540, KG. Waizenkirchen wird flächengleich nach Norden parallel zum bestehenden öffentl. Gut Parz.Nr. 1544, KG. Waizenkirchen verlegt.

§ 2

Dieser Verordnung liegt ein Auszug aus dem Katasterplan im Maßstab 1:500 zugrunde. Der Plan liegt bei der Marktgemeinde Waizenkirchen auf und kann während der Amtsstunden von jedermann eingesehen werden.

§ 3

Diese Verordnung wird gemäß § 94 Oö GemO 1990 durch 2 Wochen kundgemacht und wird mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam.“

Der Bürgermeister:

Debatte:

GR Reichert merkt an, dass diese Verordnung eine perfekte Lösung für beide Parteien ist.

GR Ehrenguber fragt an, ob es im Zuge einer Altenheimerweiterung Probleme mit der Entfernung zum Betrieb geben wird, da es damals in der Angelegenheit mit dem Betreubaren Wohnen Probleme gegeben hätte.

Der Bürgermeister entgegnet ihm, dass das Betreubare Wohnen einen anderen Status besitzt, da jeder Mieter das Recht zu einer Stellungnahme hat. Bei einem Altenheim hat nur der Betreiber ein Recht auf Stellungnahme. Außerdem ist dieses Gebiet bereits auf Betriebsbaugelände umgewidmet und somit keine Änderung in der Raumordnung notwendig.

GR Helmhart bemerkt, dass sich die Situation nicht ändern würde, wenn nur ein Mieter wäre, es würde lediglich das Verfahren vereinfachen.

Darauf erklärt der Bürgermeister, dass es bei einer Betriebserweiterung von der Bezirkshauptmannschaft entsprechende Verfahren gibt, welche strengen Auflagen unterliegen.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) Für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 11.) der TO.: Anton Baumgartner, Ritzing 8; Antrag auf Auflassung des öffentl. Gutes Parz.Nr. 373, KG. Manzing

Herr GVM. Helmut Auinger berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Im Zuge der Kanalisierungsarbeiten in Ritzing sind auch geringfügige Straßenverlegungen bzw. – verbreiterungen erfolgt.

Einer der betroffenen Grundbesitzer, Herr Anton Baumgartner aus Ritzing 8 hat diesen Maßnahmen zugestimmt, jedoch ersucht, als Gegenleistung die Wegparzelle Nr. 373 mangels Verkehrsbedeutung als öffentl. Gut aufzulassen und die Flächen gegenzurechnen. Dieser Weg ist nur in einer Breite von durchschnittlich 1,5 m vermarkt und für die Aufschließung der angrenzenden Grundstücke sowie für sonstige Verkehrszwecke entbehrlich.

Mit Kundmachung vom 16.7.2010 wurde die Planaufgabe von der beabsichtigten Auflassung angekündigt und die betroffenen Grundanrainer verständigt.

Einwendungen gegen die Auflassung wurden innerhalb der offenen Frist nicht eingebracht.

Die grundbücherliche Übertragung erfolgt im Rahmen der abschließenden Straßenvermessung in Ritzing nach § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz durch einen Geometer.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 14.9.2010 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung folgenden Antrages:

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

Gemäß § 94 der Oberösterreichischen Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91 i.d.g.F. wird kundgemacht, dass der Gemeinderat der Marktgemeinde Waizenkirchen in der Sitzung am 28.9.2010 folgenden Beschluss gefasst hat:

„VERORDNUNG

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 28.9.2010 betreffend die Auflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche.

Aufgrund der Bestimmungen des § 11, Abs. 2 des OÖ StrG. 1991, LGBl. Nr. 84, in Verbindung mit den §§ 40, Abs. 2, Z. 4 und 43, Abs. 1 der OÖ Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91/1990 i.d.g.F. wird verordnet:

§ 1

Die im beiliegenden Lageplan (§ 2) gelb markierte Wegparzelle Nr. 373, KG. Manzing wird mangels Verkehrsbedeutung als öffentl. Gut der Gemeinde aufgelassen.

§ 2

Dieser Verordnung liegt ein Auszug aus dem Katasterplan im Maßstab 1:2000 zugrunde. Der Plan liegt bei der Marktgemeinde Waizenkirchen auf und kann während der Amtsstunden von jedermann eingesehen werden.

§ 3

Diese Verordnung wird gemäß § 94 Oö GemO 1990 durch 2 Wochen kundgemacht und wird mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam.“

Der Bürgermeister:

Debatte:

GR Reichert erkundigt sich, ob es auf diesem Weg noch etwaige Geh- oder Fahrtrechte gibt und ob hier die Betroffenen über diese Verordnung informiert werden.

Der Amtsleiter antwortet ihm, dass dies ein öffentliches Gut ist und hier keine Geh- oder Fahrtrechte vorhanden sind. Weiters wurden alle Beteiligten, die von dieser Verordnung betroffen sind, von der Gemeinde verständigt.

Der Bürgermeister liest jene Anrainer vor, an denen die Kundmachung schriftlich ergangen ist.

Abstimmung:

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) Für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 12.) der TO.: Allfälliges

a.) Schließung Postamt Waizenkirchen

Der Bürgermeister verkündet, dass das Postamt Waizenkirchen mit 30.11.2010 geschlossen wird. Die Trafik Hinterberger wird in Zukunft den Postpartner übernehmen. Diese bleibt jedoch weiterhin in den Räumlichkeiten der Trafik. Weiters verliert er die Leistungsmengen und die Umsätze aus den Vorjahren, welche zur Schließung des Postamtes geführt haben. Aufgrund dieser Zahlen weist das Postamt keinen Gewinn mehr auf. Der Bürgermeister betont, dass es im Umkreis nur noch das Postamt Peuerbach gegeben hätte, wenn sich in Waizenkirchen kein Postpartner gefunden hätte.

GR Reichert fragt nach, ob die PSK von der Schließung genauso betroffen ist.

Der Bürgermeister entgegnet ihm, dass die Bankgeschäfte vom Postpartner übernommen werden müssen.

Daraufhin merkt GR Reichert an, dass die Bankgeschäfte in den Postfilialen eigentlich sehr diskret behandelt wurden und dies bei einem Postpartner nicht mehr möglich sein wird.

Bürgermeister Degeneve erklärt ihm, dass die Post bereits jetzt aus mehreren Geschäften bestanden hat und die Bankgeschäfte auch nicht mehr dementsprechend diskret abgehandelt werden konnten.

GR Reichert fasst zusammen, dass sich somit für die Bürger mit dem Postpartner nichts ändern wird.

Der Bürgermeister stimmt GR Reichert zu und fügt hinzu, dass es sogar komfortabler ist, da man auch samstags Pakete abgeben kann.

b.) Bettelverbot in den Gemeinden

Weiters berichtet der Bürgermeister, dass in Waizenkirchen und in vielen anderen Gemeinden Oberösterreichs vermehrt Bettler von Haus zu Haus gehen und dabei Einbruchsmöglichkeiten auskundschaften. Aus diesem Grund wurde ein Schreiben des Oö. Gemeindebundes ausgeschickt, wie man gegen ein Bettelverbot in der Gemeinde vorgehen kann. Der Oö. Gemeindebund empfiehlt eine ortspolizeiliche Verordnung zu beschließen. Der Bürgermeister bittet daher alle Fraktionsobmänner sich darüber bis zur nächsten Sitzung zu beraten und teilt ihnen dieses Schreiben aus.

GVM Faltyn äußert dazu, dass diese Bettler in den letzten Tagen und Wochen vermehrt wieder von Haus zu Haus gehen und somit die einzelnen Objekte für Dämmerungseinbrüche auskundschaften. Er rät allen Gemeinderäten bei solchen Besuchen mit der Verständigung der Polizei zu drohen. So werden die Bettler meist verschreckt.

c.) Neuordnung der Ehrenzeichen

Weiters fordert Bürgermeister Degeneve die Fraktionsobmänner auf, sich wegen der Neuordnung der Ehrenzeichen zu beraten, da in der nächsten Gemeinderatssitzung am 14.12.2010 die Ehrungen beschlossen werden müssen.

GR Schatzl informiert den Bürgermeister darüber, dass diesbezüglich bereits ein Beratungstermin mit den Fraktionsobmännern festgelegt wurde.

d.) Weihnachtsspende

In diesem Zusammenhang regt der Bürgermeister an, dass sich die Fraktionsobmänner auch überlegen sollten, an welche Institution die diesjährige Weihnachtsspende gehen sollte.

e.) Einladung „Reformation – Erneuerung damals und heute“

Bürgermeister Degeneve Wolfgang ladet zusammen mit der Pfarre Waizenkirchen zum Podiumsgespräch „Reformation – Erneuerung damals und heute“ am 29. Oktober 2010 um 19:00 Uhr im Pfarrsaal Waizenkirchen ein. Die Veranstaltung handelt über Pfarrer Leonhard Kaiser, der damals in der Reformationszeit den Glauben Luthers in Waizenkirchen verbreitete. Er bittet den Gemeinderat um rege Teilnahme an dieser Veranstaltung, da unter anderem auch der Kulturausschuss der Marktgemeinde Veranstalter ist.

f.) Hochwasserschutz

GR Reichert merkt an, dass auch er Betroffener des Hochwassers ist, seit beim Altenheim das Rückhaltebecken gebaut wurde. Er ist der Meinung, dass gegen das Hochwasser dringend Vorkehrungen getroffen werden müssen, um weitere Schäden zu vermeiden.

Der Bürgermeister informiert GR Reichert darüber, dass bereits ein Projekt vom Büro Sandberger bezüglich des Ledererbaches im Laufen ist. Es ist geplant, eine Art Rückhaltebecken zu bauen, welches im Bereich Thallham sein wird, um das Regenwasser von den Reisingergründen abzufangen und den Ledererbach zu entlasten.

GVM Auinger fügt hinzu, dass es auch eine Studie vom Hochwasserschutzverband gibt, bei der flussaufwärts vom Danzer bis nach Niederspaching 40 ha Retention geschaffen werden sollen, um in diesem Bereich Erleichterung zu schaffen.

g.) KG-Modell

GR Reichert berichtet, dass er sich die Mühe gemacht hat, sich in das KG-Modell einzulesen. Er versteht es zwar, dass es immer mehr finanzschwache Gemeinden gibt, aber es ist auch nicht sinnvoll, wenn die Gemeinden zukünftig Vereine gründen müssen.

Der Amtsleiter informiert ihn darüber, dass alle Gemeinden, die ein Hochbauprojekt planen, eine KG gründen müssen und Waizenkirchen auch nichts anderes über bleiben wird.

h.) Wege

GVM Faltyn bedankt sich für die rasche Erledigung mit den Verkehrszeichen, dadurch ist wieder mehr Sicherheit gegeben. Weiters macht er darauf aufmerksam, dass jene Wanderwege, die entlang der Aschach verlaufen, dringend ausgemäht werden müssten.

GR Helmhart fügt hinzu, dass hier auch unangenehme Gräben vorzufinden sind, die für Radfahrer und Fußgeher gefährlich sind.

i.) Plakatierungsverbot

Weiters bittet GVM. Faltyn die Fraktionsobmänner, sich über ein Plakatierungsverbot im Ortsgebiet zu beraten, da das Plakatieren wieder vermehrt zu nimmt.

j.) Dank für Bürgerbeteiligung

GR Ehrenguber bedankt sich dafür, dass der Antrag der SPÖ zur Bürgerbeteiligung bei Gemeinderatssitzungen angenommen wurde und heute der erste Bürger vorgesprochen hat.

k.) Marktplatz

Weiters spricht GR Ehrenguber an, ob die Marktgemeinde Waizenkirchen für die Marktplatzsanierung genügend Granitnockerl zur Verfügung hat.

Der Bürgermeister bejaht dies und erklärt, dass die Parkflächen gepflastert wurden, da es preislich gleich einer Asphaltierung ist. Er hat mit der Straßenmeisterei vereinbart, dass es budgetgünstig sein sollte. Daher übernimmt die Gemeinde die Asphaltierungsarbeiten und das Material. Die Pflasterarbeiten werden von der Straßenmeisterei übernommen.

l.) Bauland Inzing/Wohnungen

GR Ehrenguber ist der Meinung, dass der Grundstücksverkauf von Bauland Inzing zu wenig aktiv ist. Er fragt daher an, wie die Lage grundsätzlich am Wohnungssektor aussieht. GR Ehrenguber schlägt vor, Wohnungen bzw. den Wohnbau mehr zu fördern, um junge Familien nach Waizenkirchen zu bringen.

Bürgermeister Degeneve berichtet, dass viele Wohnungsansuchen aufliegen, jedoch keine Wohnung in der gewünschten Preiskategorie zur Verfügung steht. Aus diesem Grund ist auch das Projekt der VLW nicht möglich, da solche Wohnungen auch nicht der Preiskategorie der Wohnungswerber entsprechen würden.

GVM Faltyn schlägt vor, beim nächsten Wohnblockbau kleinere, günstigere Wohnungen einzurichten.

Dazu informiert der Bürgermeister, dass Herr Reichel in der Bahnhofstraße das Bürogebäude eventuell für Wohnungen vermieten möchte. Er wird sich daher mit Herrn Reichel für nähere Informationen in Verbindung setzen.

GR Reichert merkt an, dass in Deutschland nicht die Miete, sondern die Betriebskosten zu hoch sind. Aus diesem Grund kann sich niemand mehr Wohnungen leisten.

m.) Vortrag Verkehrskonzept

GVM Faltyn bemängelt den Vortrag über das Verkehrskonzept, da Herr Elsener keine Vorschläge für Verbesserungen gemacht hat. Er kritisiert auch die schwache Beteiligung an den Agenda-Sitzungen. GVM Faltyn ersucht die Teilnahme an solchen Veranstaltungen mehr zu forcieren.

Der Bürgermeister erwidert, dass ihm Herr Elsener doch eine große Unterstützung war, insbesondere bei der Schatzlmair-Kreuzung. Ebenso in rechtlichen Angelegenheiten war Herr Elsener eine große Hilfe. Er gibt jedoch auch GVM Faltyn recht, dass der Vortrag etwas anders gestaltet werden hätte können.

n.) OÖ Rundschau

GR Ehrenguber äußert, dass der Bericht in der Rundschau von Bürgermeister Degeneve ein wenig verfälscht wurde, da von den zukünftigen Plänen nur über die Ortsplatzgestaltung gesprochen wurde.

Der Bürgermeister entgegnet ihm, dass er in diesem Interview alle Projekte angeführt hat, jedoch hatte er keinen Einfluss darauf, was wirklich gedruckt wurde.

o.) Wohnungen

GR Holzer-Breid bemerkt, dass es gut wäre, wenn Waizenkirchen attraktive Wohnprojekte starten würde, welche die Jugend nach Waizenkirchen ziehen würden. Sie ist der Meinung, dass es keinen Sinn hat, kein Projekt zu starten, nur weil momentan keine geeigneten Ansuchen aufliegen. Man muss den Jugendlichen Anreize geben, wie zum Beispiel geförderte Miet-/Kaufwohnungen.

Der Bürgermeister erklärt ihr, dass mit der ISG vereinbart wurde, dass die Gemeinde für die Miete von Wohnungen, die nicht innerhalb einer Frist vermittelt werden können, aufkommen muss. Dies ist wiederum eine Kostenfrage für die Gemeinde. Er schlägt daher vor, eher in Richtung Sozialwohnungen zu denken.

GVM Jany bemerkt, dass es viele Varianten von Wohnbau gibt und eine große Kostenbandbreite möglich ist. Man muss sich jedoch für eine Variante entscheiden, da es keine Mischformen gibt.

p.) Weg Bauhof – Stroiß

GR Helmhart ersucht auch um Sanierung des Weges vom Bauhof bis nach Stroiß.

Weiters bedankt er sich bei den Bauhofmitarbeitern, Feuerwehren und Straßenreferent wegen der raschen Hilfe bei den Unwetterschäden.

q.) Wohnungen

GR Aumayr fügt dem Wohnungsthema hinzu, dass in Waizenkirchen bereits lange Bauzwischenzeiten bei Wohnblöcken liegen. Er stellt fest, dass dies in anderen Gemeinden wesentlich schneller geht. Weiters äußert er, dass die Grünen-Fraktion vor einer Umwidmung von Bauland Inzing gewarnt hat und zudem eine modernere progressivere Wohnform vorgeschlagen hätte, jedoch wurde dies damals abgeblockt. Wie man jetzt erkennen kann, werden die Grundstücke nicht angenommen. Ebenso hat die Gemeinde mit daran schuld, dass die VLW nicht in ein Grundstück investiert,

das direkt an der Bundesstraße und neben dem Sportplatz liegt. Es ist Aufgabe der Gemeinde, als Raumplaner, Grundstücke zu schaffen, die in einer schönen, ruhigen Lage sind. GR Aumayr ist der Meinung, dass man vorausschauend planen sollte und es sollte sich jeder Gemeinderat in die Situation versetzen, ob er ein solches Grundstück haben möchte. Er spricht an, dass in anderen Gemeinden der Zuzug wesentlich mehr ist, als in Waizenkirchen.

Der Bürgermeister erwidert ihm, dass hier durchaus etwas unternommen werden muss. Außerdem kündigt er an, dass nächstes Jahr die Raumordnung in Waizenkirchen überarbeitet wird, da die letzte Änderung des Flächenwidmungsplanes bereits 10 Jahre zurückliegt.

GR Holzer-Breid schlägt vor, in dieser Angelegenheit den Agenda Prozess zu nutzen.

r.) Agenda 21/Dorfentwicklung

Vizebürgermeister Hinterberger ersucht den Gemeinderat, sich wieder mehr für die Öffentlichkeitsarbeit zu engagieren. Er lädt daher alle für nächsten Montag, 04. Oktober 2010, zur Zusammenführung von Agenda 21 und EGEM ein. In weiterer Folge werden Energiethemen und weitere Schritte besprochen. Er bittet nochmals den Einladungen nachzugehen, da es um die Zukunft von Waizenkirchen geht.

s.) INKOBA

Weiters berichtet der Vizebürgermeister, dass er heute Nachmittag bei einem Vortrag der TMG war. Die TMG ist eine Organisation des Landes Oö. und bearbeitet alle Interessenten am Betriebsbaugelände INKOBA. Er erklärt, dass 3000 Anfragen im Jahr 2009 eingelangt sind, davon wurden 158 von der TMG vermittelt. Den größten Zuzug von Firmen hat Wien, jedoch nur mit Bürogebäuden der High-Tech-Branche.

Weiters merkt er an, dass er bereits die TMG aufgefordert hat, mit einem Interessenten aus der Nachbargemeinde Kontakt aufzunehmen, da es unsinnig wäre, das INKOBA Grundstück nicht an jemanden zu verkaufen, nur weil er nicht aus einer Hausruck-Nord Gemeinde stammt.

t.) Agenda 21-Prozess

GR Aumayr äußert, dass der Agenda 21 Prozess die Bürgerbeteiligung verstärken soll, insbesondere, da die ÖVP mehrmals erwähnt hat, dass sich die Bürger beteiligen sollten und nicht die Politiker. Weiters kommt er zu dem Entschluss, dass sich die Veranstalter Gedanken machen sollten, warum sich so wenige Bürger beteiligen. GR Aumayr schlägt vor, dass die SPES Zusammenfassungen erstellen soll über den aktuellen Stand des Prozesses. So ist es auch für die Beteiligten des Arbeitskreises leichter über eine versäumte Sitzung am aktuellsten Stand zu sein. Weiters hat GR Aumayr im Laufe der Sitzung festgestellt, dass es bezüglich der Anfrage von Herrn Grüneis durchaus Informationen über den Hochwasserschutz gibt, obwohl eingangs der Sitzung behauptet wurde, dass sich der zuständige Ausschuss vorher über dieses Thema beraten muss. Aufgrund dessen stellt GR Aumayr fest, dass Bürger Informationen nur zwischen den Zeilen erhalten und somit auch in einem Bürgerbeteiligungsprozess das Gefühl bekommen, nicht ernst genommen zu werden. Daher verwundert es ihn nicht, wenn sich die Bürger nicht an den Arbeitskreisen beteiligen.

Bürgermeister Degeneve entgegnet ihm, dass die Information bzgl. des Ledererbaches eine Gemeindeangelegenheit ist, die unter Kanalangelegenheit fällt. Herr Grüneis wollte jedoch Informationen über den Hochwasserschutz bei der Aschach wissen.

GR Aumayr fragt an, wer momentan der Obmann des Hochwasserschutzverbandes ist.

Der Bürgermeister antwortet ihm, dass ehem. Bürgermeister Dopler Geschäftsführer ist und als Obmann Bgm. Schöppel aus Hartkirchen bestellt wurde.

GR Reichert bemerkt, dass er auch nicht über die einzelnen Arbeitskreise Bescheid weiß. Weiters sollte es das Ziel sein, dass sich die Bürger an den Prozessen beteiligen und nicht der Gemeinderat.

u.) Hundesackerl

GR Koblinger spricht an, dass es auf dem Gemeindeamt Aschach bessere Hundesackerl gibt, als in Waizenkirchen. Er schlägt vor, kleinere Hundesackerl anzuschaffen, da man solche besser einstecken kann.

v.) Bürgerbeteiligung

GVM Faltyn merkt an, dass bei öffentlichen Veranstaltungen oder Agenda 21 Prozesse immer nur die selben Beteiligten vorzufinden sind. Er fordert daher alle auf, auch an sich zu arbeiten und andere zur Beteiligung zu motivieren.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.45 Uhr.

Vorsitzender

ÖVP-Gemeinderat

Schriftführer

SPÖ-Gemeinderat

GRÜNE-Gemeinderat

FPÖ-Gemeinderat

Waizenkirchen, am 28.09.2010

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Vorsitzender:

*) Nichtzutreffendes streichen